Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliche Redaktion: Felix Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.60 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12.90 Mk., monatlich 4.30 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 133 — Sonnabend, den 12. Juni 1920. — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler **Hermann Müller** mit der **Neubildung des Kabinettes beauftragt.**

*

Den Berliner Blättern zufolge wird der **neue Reichstag am 24. Juni zusammentreten.**

*

Eine der ersten dem neuen Reichstag zugehenden Vorlagen wird eine solche zur **Senkung aller Lebensmittelpreise und zur schärfsten Bekämpfung der Schieber und Wucherer** sein.

*

Das Reichsernährungsamt hatte die **Absicht, die Fleischpreise noch weiter zu erhöhen.** Durch **energische Vorstellungen Bayerns** ist es erreicht worden, daß diese erneute Erhöhung der Fleischpreise in Deutschland **nicht eintritt.**

*

Das **Handelsministerium der Vereinigten Staaten benachrichtigte die deutsche Regierung,** daß ein **Kredit von 45 Millionen Dollars mit Fleischerportfirmen vereinbart** worden sei, und die **sofortige Verschiffung von Lebensmitteln nach Deutschland erfolgen** könne.

*

Wie Times aus Newyork melden, wird **Oberst House nächsten Sonnabend nach Europa abreisen.**

Eine neue Regierung Müller?

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Der Reichskanzler wollte sich noch im Laufe des gestrigen Tages mit dem Reichstagsabgeordneten Crispien von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Verbindung setzen.

Die Betrauung des bisherigen Reichskanzlers **Hermann Müller** mit der Neubildung des Kabinetts erfolgte gestern mittag. Sollte die Fühlungnahme mit den **Unabhängigen nicht zum Ziele führen,** womit man nach Lage der Dinge bestimmt rechnen muß, so wird **Müller den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts zurückgeben.** In Berlin glaubt kein Mensch an die Möglichkeit, daß es Müller gelingen könnte, mit den Unabhängigen ein Kabinett zu bilden. Der Vorwärts sagt, es sei nun Sache des bisherigen Reichskanzlers, die Stellungnahme der einzelnen Parteien, einschließlich die seiner eigenen (der sozialdemokratischen) zu erkunden, und je nach dem Ergebnis wird er dann das neue Kabinett bilden oder aber seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen. Die Freiheit gab gestern abend schon die Antwort. Aus ihrem gewundenen Artikel geht hervor daß sie es gar nicht so gemeint habe, und um jeder neuen Mißdeutung zu begegnen, stellt sie noch einmal fest, daß die **Unabhängigen jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien grundsätzlich ablehnen.** — Man weiß also, wie Müllers Besuch bei dem Herrn Crispien enden wird, schon im voraus, und das Ergebnis dieser Verhandlungen dürfte weit mehr Bedeutung für eine neue Konstellation im sozialistischen Lager haben, als für die Lösung der allgemeinen Krise. Es ist nur bedauerlich, daß sich durch dieses Zwischenspiel die Lösung der ganzen Krise hinausschiebt, da die entscheidende Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten erst am Sonntag stattfindet, und also die nächste Woche erst Klarheit bringen kann.

Die unverbindlichen Besprechungen zwischen den Parlamentariern

dauerten gestern fort. Wie verlautet, machen sich unter den Führern der **Deutschen Volkspartei Meinungsverschiedenheiten** geltend. Der Kreis um Prof. **Kahl** soll die Teilnahme an einer rein bürgerlichen Regierung unbedingt ablehnen, weil er sie gegenüber einer gemeinsamen heftigen Opposition der beiden sozialistischen Parteien nicht für lebensfähig hält. Demgegenüber sollen andere führende Persönlichkeiten der Partei, wie die Herren **Heinze** und **Stinnes**, der Auffassung sein, daß die Deutsche Volkspartei wohl an einer rein bürgerlichen Regierung teilnehmen könne, weil die Verantwortung für die Notwendigkeit, eine solche zu bilden, der Sozialdemokratie zur Last fallen würde. **Stresemann** hat anscheinend wenig Neigung im Augenblick die Führung der Reichsgeschäfte zu übernehmen, und läßt verlauten, daß er dem Reichspräsidenten vorschlagen wird, entweder ein **Geschäftsministerium aus Wirtschaftspolitikern** zu bilden oder aber ein Kabinett aus den **früheren Koalitionsparteien**, welches die Deutsche Volkspartei bereit sei, unter gewissen Bedingungen durch **wohlwollende Neutralität** zu unterstützen, eine Bindung der Deutschen Volkspartei an die Koalition die sich vielleicht in der Form ausdrücken könnte, wie sie in den interfraktionellen Besprechungen im alten Reichstage kurz vor der Revolution gegeben war. Zu diesen Besprechungen wurden, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung in Erinnerung ruft, damals die Nationalliberalen hinzugezogen, die dadurch auf die Gestaltung des parlamentarischen Geschäftsganges einen zwar unverbindlichen, doch immerhin nicht unwesentlichen Einfluß gewannen. Die **Demokratische Partei** steht all diesem Drängen **abwartend** gegenüber. Sie schließt sich durchaus der Meinung der Deutschen Tageszeitung an, die den Ausfall der Wahlen heute als ein Volksurteil erklärt, nach dem die Regierung sich zu richten habe, und nicht irgendein beliebiger Parteivorstand, sondern das souveräne Volk, das darüber zu befinden habe, ob es die Behauptung der einen oder der anderen Partei für glaubwürdig halten kann.

Trimborn als Reichskanzler?

In politischen Kreisen Berlins wird angenommen, daß der Reichspräsident nach dem Scheitern des Müllerschen Versuchs den Zentrumsführer **Trimborn** mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen wird. Möglicherweise wird der Reichspräsident sich vorher noch mit einem anderen Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion mit dem Ersuchen, die Regierungsbildung zu übernehmen, in Verbindung setzen.

*

Einberufung des Reichstages am 24. Juni.

Präsident **Fehrenbach**, dem als Präsident der Nationalversammlung das Recht zusteht, auch den neuen Reichstag einzuberufen, und der erst gestern vormittag wieder in Berlin eingetroffen ist, beabsichtigt, das Parlament **am 24. Juni in Berlin zusammentreten** zu lassen. Er hofft, daß bis dahin die Krise überwunden sein wird, und daß sich am 24. Juni der neue Reichstag vorstellen kann. Die Platzzahl im Reichstag mußte im vorigen Jahre bereits von 397 auf 444 erhöht werden. Es geschah dies dadurch, daß man den breiten Mittelgang beseitigte, der von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten sich hinzog. Nun handelt es sich um die Unterbringung von 460 Abgeordneten. Es wird aber damit gerechnet, daß bei einer so großen Zahl von Mitgliedern des Hauses niemals alle Abgeordneten zu gleicher Zeit im Saale anwesend sein werden. Auch das englische Unterhaus weist weniger Plätze als Mitglieder auf. Die Zahl der **weiblichen Abgeordneten** ist im neuen Reichstag gegenüber der Nationalversammlung von 36 auf 22 zurückgegangen. Von den weiblichen Abgeordneten gehören an: drei der Deutschnationalen, zwei der Deutschen Volkspartei, eine dem Zentrum, drei der Demokratischen Partei, acht den Mehrheitssozialisten, vier der Unabhängigen Partei und eine der Kommunistischen Partei.

Polen vor dem Zusammenbruch.

Ueber die Zustände in **Neupolen**, namentlich in Posen und Westpreußen (Pommerellen), wird aus Posen geschrieben:

Selbst einsichtige Polen sehen jetzt ein, daß der **polnische Staat vor großen Gefahren** steht. Der finanzielle Bankerott wird sich kaum noch lange aufhalten lassen und kann auch bei aller Hilfe Frankreichs nicht ausbleiben. Die militärische Lage ist sehr ernst und der **russische Einmarsch** wird sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen, denn England scheint kein Interesse am heutigen Polen mehr zu haben. Fallen die Abstimmungen in Ostpreußen und Oberschlesien zu Ungunsten Polens aus, so droht Polen der sichere Verfall, der jetzt noch künstlich vermieden wird. Die Verhältnisse in Neu-Polen sind **für die Deutschen unerträglich** geworden, so daß die Massenauswanderung andauert; die deutschen Beamten werden bis Anfang Juli Polen alle verlassen haben. Die **Lebensmittelknappheit**, das Fehlen von Rohstoffen und Kohlen, der Umstand, daß Polen sich mit allen Nachbarn verfeindet hat, beschleunigen die Auflösung. Eine Verwaltung in unserem Sinne existiert in Polen nicht. Die Beamten erhalten **keine Gehälter**, sondern nur Abschlagszahlungen. Gerichte, Post und Eisenbahnen sind mit Arbeitern und Unterbeamten besetzt, die keine Vorkenntnisse haben. Ein Zugfahrplan existiert nicht, da die **Züge nach Belieben fahren.** Streckenarbeiter sind Stationsvorstände und Lokomotivführer, junge Burschen Postbeamte. So kommt es, daß selbst dringende Telegramme 8—10 Tage laufen. Abrechnungen kennen die Behörden überhaupt nicht. Die Eisenbahnen erhöhen ständig ihre Tarife, die 450 Prozent teurer als die deutschen sind.

Die Bevölkerungen Kongreß-Polens und Neu-Polens betrachten sich gegenseitig als Feinde. Ganz Neu-Polen ist von den Truppen entblößt die an die Front abgegangen sind, aber meist kampfmüde sind. Die Warschauer Politik richtet sich neuerdings **gegen die deutschen Ansiedler**, gegen die Ausnahmegesetze (Enteignungsmaßnahmen) geplant sind. Die Polen machen neuerdings kein Hehl daraus, daß sie die **Abstimmungen in den Abstimmungsgebieten sabotieren** werden. Bei den herrschenden chaotischen Zuständen wird die **deutsche Regierung** den Verhältnissen in Polen scharfe Aufmerksamkeit widmen müssen, denn es kann nur noch eine Frage der Zeit sein, wie lange Polen sich militärisch hält und ob Ostpreußen alsdann genügend geschützt ist. Bei einem Uebergang polnischer Truppen auf deutsches Gebiet müssen deutscherseits entsprechende Maßnahmen vorbereitet werden. Diese Maßnahmen werden die Billigung Englands zweifellos finden. Bemerkenswert ist, daß die Stimmung der **Tschechoslowakei** in letzter Zeit bedeutend deutschfreundlicher ist, weil man mit einer bevorstehenden Abrechnung mit Polen und einem Zusammenschluß Deutschösterreichs mit Deutschland rechnet und man mit Deutschland als emporblühendem Staat, mit **Polen als niedergehendem Staat kalkuliert. Die Verhältnisse in Polen drängen zu einer Entscheidung, bei der Deutschland unbedingt mitzusprechen hat.**

Kleine politische Meldungen.

Eine neue Note über Vertragsbrüche Deutschlands. Die Alliierten bereiten eine äußerst energische Note an Deutschland vor, die Deutschland an alle **Vertragsbrüche** (?) erinnert, die es bisher in wirtschaftlicher Hinsicht begangen hat. Deutschland scheine dadurch, daß man im Friedensvertrag Ausfuhrlizenzen erteilte, die Neutralen und seine Verbündeten auf Kosten der Sieger zu begünstigen.

Französischer Gesinnungsumschwung in der Entschädigungsfrage? Der Daily Telegraph will wissen, daß der französische Ministerpräsident auf Grund der von den Finanzsachverständigen und Politikern erhobenen Vorstellungen zu der Ueberzeugung gekommen sei, eine nicht zu hohe, aber sofort verfügbare Summe für den Wiederaufbau würde einem großen, aber erst nach vielen Jahren zu erhaltenden Betrag vorzuziehen sein. Man gibt jetzt in Frankreich zu, daß der ursprüngliche französische Standpunkt ein Irrtum war, der fortgesetzt steigende Entschädigungsraten festsetzte, während die Kosten des Wiederaufbaues der verwüsteten Provinzen doch allmählich abnehmen werden. Es soll daher jetzt die erste Sorge Millerands sein, bei der Festsetzung der neuen Entschädigungsformel sich der am schnellsten möglich werdenden Zahlung der ersten Verpflichtungen Deutschlands zu vergewissern. Das gleiche Ziel wollen die italienischen und englischen Sachverständigen anstreben.

Die deutsch-französischen Beziehungen. Die Times melden aus Paris: Im Kammerausschuß für Auswärtiges gab Millerand kurze Erklärungen über die Beziehungen zu Deutschland ab. Millerand sagte, Frankreichs Verhältnis zu Deutschland stehe und falle mit der restlosen **Erfüllung des Versailler Vertrages.** Ohne die vollständige Wiedergutmachung des zerstörten Nordfrankreichs gebe es keine Wiederaufnahme der Handelsfreiheit zwischen Frankreich und Deutschland.

Neutralisierung Oberschlesiens. Das Kattowitzer Polenblatt Cornosionzat verbreitet nachstehende Warschauer Meldung: Wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, erwähnt man in englischen Kreisen die Absicht der **Neutralisierung Oberschlesiens** als eines in wirtschaftlicher Beziehung für ganz Europa sehr wichtigen Gebietes. In dieser Beziehung sollen namentlich englische Finanzkreise auf die englische Regierung einen starken Druck ausüben. (Da nach Korfantys Aeußerungen die polnische Sache in Oberschlesien schlecht steht, ist wohl bei dieser polnischen Meldung der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen.)

Eine belgische Kriegsschädenliste. Daily Mail meldet aus Brüssel: Die belgische Justizkommission hat eine Liste der **wegen Kriegsschäden in Belgien beschuldigten Deutschen** fertiggestellt. Auf der Liste sind mehr als hundert Namen, unter ihnen die führenden Offiziere des gewesenen deutschen Hauptquartiers. Die Liste liegt am 15. Juni der belgischen Regierung vor.

Gesetzliche Regelung der Lebensmittelpreise. Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, wird eine **Vorlage zur Senkung aller Lebensmittelpreise** eines der ersten Gesetze sein, das, von allen Parteien unterstützt, dem neuen Reichstag zugehen wird. Man denkt an normierte Friedenspreise, die vom Produzenten nicht über 15 Prozent, vom Detaillisten nicht über 30 Prozent überschritten werden dürfen. Lebensmittelschieber und Wucherer, aber auch Schieber in anderen Waren, sollen außer mit hohen Strafen durch **vollkommene Vermögenskonfiskation** und Kassierung des Geschäfts sowie das Verbot des Weiterhandelns bestraft werden. Wohnungswucher wird durch Entziehen der Mieten für den Hauswirt und durch zwangsweise Verwaltung des Hauses bestraft werden.

Die Defizitwirtschaft. Die Münchner Zeitung meldet aus Berlin, sowohl der Reichsetat, wie der Etat Preußens schließen im Monat Mai mit erheblichen Fehlbeträgen ab. Im Reich haben die Unkosten rund zwei Milliarden Mark, im preußischen Staatshaushalt 2.8 Milliarden Mark **mehr** betragen, **als im Voranschlag angesetzt** worden waren.

Eröffnung der Reichsschulkonferenz. Die Reichsschulkonferenz wurde gestern vormittag im großen Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes vom Reichsminister des Innern **Koch** mit einer Willkommensansprache eröffnet. Der Minister wies darauf hin, daß die Konferenz ein **Auftakt zu der großen Gesetzgebung** der kommenden Jahre über das Schulwesen sein solle. Die Bahn sei frei zu ruhigem und besonnenem Fortschritt. Unter dem Beifall des ganzen Hauses führte der Minister aus, daß es jetzt, nach dem leidenschaftlichen Wahlkampfe, Zeit sei, sich zu besinnen auf die **Gemeinsamkeit kultureller Arbeit.**

Einsetzung einer Zwangsregierung in Braunschweig? Im braunschweigischen Landtag haben sich der durch den Landeswahlverband begonnenen Opposition und Obstruktion gegen die beabsichtigte Bildung einer rein sozialistischen Regierung sämtliche Mitglieder der **demokratischen** Landtagsfraktion angeschlossen. Da die Bildung einer arbeitsfähigen und rein sozialistischen Regierung gegen den Willen der bürgerlichen Fraktionen geradezu unmöglich erscheint, ist in Braunschweig mit der baldigen Einsetzung einer **Zwangsregierung** oder einer Auflösung des vor drei Wochen erst gewählten Landtages zu rechnen.

Konferenz der Großstaaten. Aus zuverlässiger Quelle kann mitgeteilt werden, daß Lloyd George danach trachtet, den Obersten Rat endgültig zu beseitigen und eine **Konferenz der Großstaaten** England, Italien, Frankreich, **Deutschland** und Rußland an seine Stelle zu setzen. Japan, Amerika und die kleinen Staaten Europas sollen von dieser Konferenz ausgeschlossen bleiben.

Rücktritt des österreichischen Kabinetts. Der Staatskanzler Dr. Renner überreichte gestern mittag dem Präsidenten Seitz die Demission des Gesamtkabinetts. Der Präsident nahm die Demission entgegen und beauftragte die scheidende Regierung unter dem Vorsitz des bisherigen Staatskanzlers Renner mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte.

SLUB Wir führen Wissen.